SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Kognitive Mobilisierung oder nicht-kognitive De-Mobilisierung? Eine längsschnittliche Analyse der deutschen Wählerschaft für die Jahre 1976 bis 2005

Ohr, Dieter; Dülmer, Hermann; Quandt, Markus

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Ohr, D., Dülmer, H., & Quandt, M. (2009). Kognitive Mobilisierung oder nicht-kognitive De-Mobilisierung? Eine längsschnittliche Analyse der deutschen Wählerschaft für die Jahre 1976 bis 2005. In O. W. Gabriel, B. Weßels, & J. W. Falter (Hrsg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005* (S. 536-558). Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91666-8_22

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-463973

Dieter Ohr/Hermann Dülmer/Markus Quandt

Kognitive Mobilisierung oder nicht-kognitive De-Mobilisierung? Eine längsschnittliche Analyse der deutschen Wählerschaft für die Jahre 1976 bis 2005

1 Das Problem

Mit der These kognitiver Mobilisierung wird ein Wandel demokratischer Gesellschaften behauptet, in dessen Rahmen und an dessen Ende das Verhältnis zwischen den politischen Parteien und den Bürgern sich grundlegend geändert hätte.

Einer der wohl stabilsten und klarsten Befunde der empirischen Wahlforschung weist die politisch unabhängigen, nicht an eine Partei gebundenen Bürger als – im Mittel – unterdurchschnittlich gebildet, relativ weniger an Politik interessiert und als weniger in Vereine und gesellschaftliche Organisationen integriert aus. Hingegen wird mit der These der kognitiven Mobilisierung ein gänzlich anderes Bild gezeichnet: "Part of the dealignment thesis [...] holds that advanced democracies are producing a new type of independent" (Dalton 2000: 32). Am Horizont erscheint der mündige, wohlinformierte, deliberierende Staatsbürger, der primär nach Maßgabe der besten Argumente zu seinem politischen Urteil gelangt. Altehrwürdige normative Forderungen an den idealen Bürger scheinen zukünftig nicht mehr gänzlich weltfremd zu sein, sondern könnten eine Basis im gewachsenen politischen Verständnis vieler Bürger haben. Man wird die Bedeutung dieser demokratischen Ideale nicht übersehen dürfen, wenn es gilt, die Rezeption der These kognitiver Mobilisierung zu verstehen.

Verschiedene Autoren heben unterschiedliche Bestimmungsgründe hervor, wenn es um den Prozess der kognitiven Mobilisierung und dessen mögliche Auswirkungen geht. Während bei Dalton (1984) die Bildungsexpansion ab den 1960er Jahren im Vordergrund steht, ist es bei Schmitt-Beck und Schrott (1994) der Wandel des Systems der Massenmedien, mit seiner immensen Ausweitung des Angebots an Informationen zur Politik.

Dass kognitive Mobilisierung freilich durchaus die gegenteilige Wirkung einer *zahlreicheren* und *stärkeren* Parteibindung haben könnte, wird von Autoren wie etwa Richardson angedeutet:

> "It would be nice to know the extent to which stable schema partisanship reflects enhanced cognitive competence (...) or greater information exposure resulting from television's enormous importance in recent years" (Richardson 1991: 768).

Wir haben in einem früheren Beitrag in dieser Reihe eine ausführliche querschnittliche Analyse der These kognitiver Mobilisierung vorgenommen (vgl. Ohr et al. 2005) und dabei empirische Befunde präsentiert, die der These klar zuwiderlaufen. Es waren – im Querschnitt – die hoch Gebildeten, an Politik Interessierten, die häufig Politik in den Massenmedien rezipierenden Bürger, die eher eine Parteibindung entwickelten und deren Bindungsstärke über derjenigen der nur gering kognitiv Mobilisierten lag.

Nun kann man mit Fug und Recht argumentieren, dass die These kognitiver Mobilisierung ein Ansatz ist, mit dem eine über Jahrzehnte erfolgende Entkopplung von Parteien und Wählern erklärt werden soll, und der deshalb primär *längsschnittlich* angelegt sei. Eine angemessene Überprüfung könne, so gesehen, nur eine längsschnittliche sein. Ebendies ist das Ziel dieses Beitrags: Wir wollen mittels eines längsschnittlichen Ansatzes für die letzten drei Jahrzehnte untersuchen, inwiefern die These kognitiver Mobilisierung geeignet ist, die Entwicklung von Parteibindungen in Deutschland zu erklären.

2 Die Entkopplung von Parteien und Wählern in Deutschland: Diagnose

Die *These des Partisan Dealignments* ist eine unter mehreren Perspektiven, die man zur zeitlichen Entwicklung der Parteiidentifikation einnehmen kann. Es dürfte in der Wahlforschung die Perspektive sein, die die größte Aufmerksamkeit erhält. Die These ist allgemein formuliert und bezieht sich in ihrem Geltungsanspruch auf die westlichen entwickelten Gesellschaften, und in ihr wird sozialer Wandel als zentrale Determinante einer Entkopplung von Bürgern und Parteien gesehen:

> "The individual evidence of party decline eventually was generalized into a hypothesis of partisan dealignment in advanced industrial societies [...] The dealignment thesis holds that party ties were generally eroding as a consequence of social and political modernization, and thus most advanced industrial societies should experience a dealignment trend" (Dalton 2000: 22; Hervorh. abg.).

Die These beinhaltet die Annahme einer langfristigen Entwicklung, da die das Dealignment mutmaßlich befördernden Entwicklungen ebenfalls als langfristig und wohl auch irreversibel angesehen werden:[1]

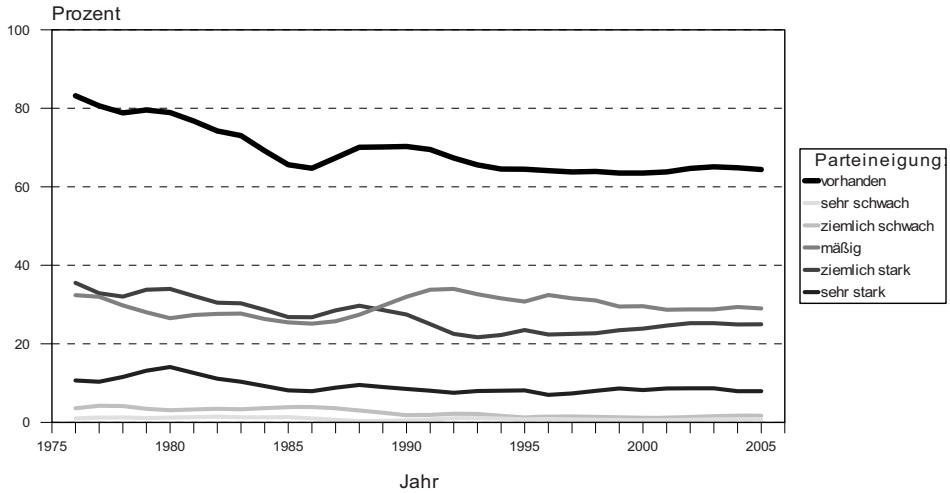
> "The dealignment thesis implies that we are witnessing a broad and ongoing decline in the role of political parties for contemporary publics – not a temporary downturn in public satisfaction with parties [...]" (Dalton 2000: 23; Hervorh. abg.; vgl. auch Dalton/Rohrschneider 1990: 299).

Was lässt sich unter den Begriff des Partisan Dealignments subsumieren? Wenn, synonym, von einer *Entkopplung von Parteien und Wählern* die Rede ist, auf welche Wei-

1 Die lang- und mittelfristige Entwicklung der Parteiidentifikation ist streng zu unterscheiden von der kurzfristigen Stabilität. Bei der lang- und mittelfristigen Entwicklung geht es um die Faktoren, die die Bindung zu einer Partei festigen, abbauen oder einen Wechsel befördern. Bei der Frage, ob die Parteiidentifikation in der kurzen Frist stabil sei, wird dagegen das Konzept selbst oder zumindest seine valide Messung in Zweifel gezogen.

se kann sie sich äußern? Aus der Literatur lassen sich mindestens vier unterschiedliche Konzeptualisierungen ableiten: Erstens bezeichnet Entkopplung einen langfristigen und stetigen *Rückgang des Anteils* derjenigen, die sich an eine Partei gebunden fühlen. Werfen wir einen ersten Blick auf die Entwicklung dieses Anteils in Deutschland (vgl. Abbildung 1, schwarze Linie).

Abbildung 1: Parteineigung in Deutschland (West), 1976 bis 2005 (Angaben in Prozent)



Anmerkungen: Zur Glättung zufallsbedingter Schwankungen wurden dreigliedrige Mittelwerte (zentrierter gleitender Durchschnitt) verwendet. Um diese berechnen zu können, wurde für die fehlenden Jahre 1978, 1979, 1984, 1985, 1988 und 1990 jeweils der vorhandene gültige Wert des vorhergehenden bzw. nachfolgenden Jahres übernommen; da für 1989 keines der beiden Nachbarjahre einen gültigen Wert aufweist, wurde in diesem Fall der Mittelwert der zuvor jeweils vom Nachbarjahr übernommenen Werte verwendet (de facto also der Mittelwert der beiden Jahre 1987 und 1990).
Quelle: vgl. Anhang.

Dabei muss vorausgeschickt werden, dass vergleichbare Messungen der Parteiidentifikation erst ab etwa dem Jahr 1972 vorliegen, da erst danach stets dieselbe Frage verwendet wurde.[2] Ein Partisan Dealignment hat demnach sicherlich stattgefunden: Mitte der 1970er Jahre waren es mehr als 80 Prozent der deutschen Wahlberechtigten, die eine Parteiidentifikation aufwiesen, in der Gegenwart sind es noch rund zwei Drittel. Mit diesem eher moderaten Rückgang der Zahl Parteigebundener könnten freilich gleichzeitig weit gravierendere Entwicklungen einhergegangen sein: So mag noch in den 1960er Jahren der Großteil der deutschen Bürger eine sehr starke, emotional geprägte Bindung zu einer Partei unterhalten haben, während in der Gegenwart nur noch eine sehr schwache, flüchtige Bindung dominieren könnte; eine Bindung, die dann von einer aktuellen Parteipräferenz kaum zu unterscheiden wäre. Hätte sich bei einer größe-

2 Als Personen "ohne Parteibindung" wurden die Befragten gezählt, die eine Bindung explizit verneinten oder mit "weiß nicht" antworteten.

ren Zahl der deutschen Wahlberechtigten die Bindung dergestalt in ihrem Charakter und ihrer Intensität gewandelt, so könnte dies für das politische Urteil bedeutsamer sein als der bislang konstatierte Rückgang. Um auch solche Entwicklungen in den Blick nehmen zu können, wurde in Abbildung 1 auch nach der *Intensität der Parteineigung* differenziert. Unter Entkopplung wird aus dieser Perspektive, zweitens, eine langfristige und stetige *Abschwächung der Intensität* der Parteibindungen verstanden.[3]

Die dargestellten Zeitreihen lassen unschwer erkennen, dass sich hinter dem moderaten Rückgang im Anteil der Bürger mit Parteineigung in der Tat recht unterschiedliche Entwicklungen verbergen, wenn man die Intensität der Neigung in die Betrachtung einbezieht. Ein klarer und vor allem stetiger Rückgang zeigt sich vor allem für diejenigen mit *ziemlich starker* Parteineigung. Liegt dieser Anteil 1976 noch bei rund 35 Prozent, so sinkt er über die Jahre hinweg bis auf knapp über 20 Prozent. Auch bei den Bürgern mit einer *sehr starken* Parteineigung findet sich eine leichte Abnahme. Man vergröbert also nur leicht, wenn man den Rückgang des Anteils der Parteigebundenen in Deutschland gleichsetzt mit einem *Rückgang bei denjenigen Wahlberechtigten, die sich stark mit einer Partei identifizieren*. Vor diesem Hintergrund wird man die Frage nach einer Entkopplung von Parteien und Bürgern doch anders beantworten als allein bei Betrachtung nur der globalen Bindungswahrscheinlichkeiten: Es ist besonders die Gruppe der engsten Parteianhänger, die über die Jahre deutlich kleiner geworden ist.

Drittens könnte sich die Parteibindung in ihrer *inhaltlichen Bedeutung* gewandelt haben: Darunter wird in der Regel verstanden, dass der affektive Charakter der Bindung mehr und mehr von einer stärker kognitiv geprägten, etwa einer instrumentell begründeten Orientierung abgelöst wird (vgl. z. B. Ohr et al. 2005). Den Nachweis, dass sich die affektive Komponente von einer situativen, stärker kognitiv ausgerichteten Komponente der Parteibindung unterscheiden lässt, erbringt bereits Gluchowski (1983; vgl. zu einer neueren Untersuchung zur Bedeutung der Parteiidentifikation z. B. Mößner 2007). Viertens kann das Konzept des Partisan Dealignments in der Weise gefasst werden, dass der *Einfluss* einer Parteibindung auf das politische Urteilen der Bürger und auf die Wahlentscheidung langfristig abnimmt.[4] Diese beiden letzten Aspekte des Partisan Dealignments bleiben im vorliegenden Beitrag ausgeblendet; die beiden ersten Aspekte, die Wahrscheinlichkeit einer Parteineigung und die Stärke einer

3 Selbst wenn sich der Anteil der Parteigebundenen nicht verändert hat, könnte sich die Intensität der Bindungen gewandelt haben. Ferner könnte ein Wandel der Intensität auch im Gefolge eines Rückgangs des Anteils der Parteigebundenen eintreten: So dürfte es sehr plausibel sein, dass sich gerade Wahlberechtigte mit einer relativ schwachen Bindung von ihrer Partei abwenden. Im Ergebnis könnte dann in der Gruppe der verbleibenden Parteianhänger die Intensität einer Parteineigung im *Mittel* sogar höher sein als vorher. Ein ähnlicher Effekt mag sich für die unten diskutierte Beziehung zwischen Parteiidentifikation und Wahlentscheidung einstellen. Insofern wäre die mittlere Intensität der Parteibindung (bei den jeweils verbliebenen Parteigebundenen) kein optimales Stärkemaß für die Aggregatbetrachtung. Besser geeignet dürfte etwa der Anteil derjenigen Wahlberechtigten sein, die zu einem bestimmten Zeitpunkt eine starke Parteibindung aufweisen.

4 Wir verweisen an dieser Stelle nur auf empirische Studien für andere Länder sowie international-vergleichende Analysen (vgl. z. B. Schmitt/Holmberg 1995; Clarke/Stewart 1998; Bartels 2000; Dalton 2000), ohne diese hier würdigen zu können.

Neigung, werden wir in ihrer zeitlichen Entwicklung und hinsichtlich ihrer Bestimmungsgründe in den Blick nehmen.

3 Die Entkopplung von Parteien und Wählern in Deutschland: zur Rolle der kognitiven Mobilisierung

Aus der Perspektive der *Theorie kognitiver Mobilisierung* (vgl. z. B. Inglehart 1977; Dalton 1984; Dalton/Rohrschneider 1990; Dalton 2000) ist es primär die *Zunahme individueller Ressourcen*, die zu einer Abschwächung der Parteineigungen beigetragen hat: "Cognitive mobilization implies that citizens possess the skills and resources necessary to become politically engaged with little dependence on external cues" (Dalton 1984: 267). Kognitive Mobilisierung beinhaltet in der Fassung Daltons eine Fähigkeitsfacette, repräsentiert durch den Bildungsgrad einer Person, und eine Facette politischer Involvierung, etwa in Gestalt des Politikinteresses.[5]

Nimmt man als Indikator für den Ressourcenzuwachs in der deutschen Gesellschaft den Anstieg des Bildungsniveaus ab etwa dem Ende der 1960er Jahre, so ist aus dieser Sicht eine wichtige Voraussetzung für hohe kognitive Mobilisierung sicherlich erfüllt. Ein ähnlich klarer Zuwachs findet sich in Deutschland für das Politikinteresse als einem Aspekt der politischen Involvierung (vgl. z. B. Ohr et al. 2005: 436, Schaubild 2).[6] Zudem wird meist unterstellt, dass als Folge einer lückenlosen Verfügbarkeit der Massenmedien und einem immens gestiegenen Informationsangebot (vgl. Schulz et al. 2000; Berg/Ridder 2002; Ohr 2005) die *Kosten für die Suche und Aufnahme politischer Informationen* gesunken seien. Aus der Zunahme an individuellen Ressourcen einerseits und der Senkung von Informationskosten als einer Wirkung der Angebotsexpansion des Mediensystems andererseits folge, dass der Nutzen, den eine Parteibindung zu stiften vermag, indem sie Orientierung in einer komplexen politischen Welt bietet, so mit der Zeit immer kleiner werde. Je größer der Grad kognitiver Mobilisierung eines Bürgers, desto eher könne und werde er aus der Perspektive der Mobilisierungsthese auf eine Parteibindung verzichten können. Unter den ungebundenen Wahlberechtigten müsste dann eine – über die Zeit hinweg vermutlich wachsende – Gruppe identifiziert werden können, die hoch gebildet ist, an Politik stark interessiert und die die verfügba-

5 "[...] cognitive mobilization implies a psychological involvement in politics. A cognitive mobilization index was constructed by combining education (to represent the skills component) with interest in politics (to represent the political involvement component). The highly mobilized are those who possess both the skills and motivation to grapple with the complexities of politics on their own" (Dalton 1984: 267).

6 Kognitive Mobilisierung wurde in der Studie von Schmitt-Beck und Schrott (1994) in Anlehnung an Dalton (1984) durch einen additiven Index operationalisiert, der als Indikatoren Bildung und politisches Interesse zusammenführt. Schmitt-Beck und Schrott (1994: 551) bilden den Index für kognitive Mobilisierung als Summe der formalen Bildung und des politischen Interesses, wobei beide Indikatoren jeweils vier Ausprägungen haben und der resultierende Index sieben Ausprägungen annimmt. Ein Befragter gilt als "kognitiv hoch mobilisiert", wenn er die im Sinne kognitiver Mobilisierung die vier höchsten Ausprägungen auf der Indexvariable aufweist.

ren Medien intensiv zur Information über die Politik nutzt. Dalton (1984) spricht in diesem Zusammenhang von "Apartisans":

> "The apartisans are not attached to political parties. Nevertheless, they are involved in politics. If the cognitive mobilization thesis is correct, this group should possess the political skills necessary to orient themselves to politics without depending on party labels" (Dalton 1984: 271; vgl. auch Schmitt-Beck/Schrott 1994; kritisch dazu Ohr et al. 2005).

So verbreitet und beliebt die These kognitiver Mobilisierung in der Wahlforschung geworden ist, so offenkundig sind die Zweifel an ihrer Gültigkeit bereits auf der Ebene theoretischer Plausibilität. In Anlehnung an Shively (1979) ließe sich, der These diametral entgegengesetzt, argumentieren, dass es gerade die kognitiv mobilisierten Bürger sind, die eine Parteibindung entwickeln. Denn aufgrund der hohen kognitiven Mobilisierung werden sie an die Qualität ihres politischen Urteils und ihrer Wahlentscheidung strengere Maßstäbe anlegen als jene Bürger, für die Politik eher randständig ist. Wenn es zutrifft, dass Politik komplexer geworden ist, etwa als Folge einer Abschwächung der Konfliktlinien einer Gesellschaft, so werden kognitiv mobilisierte Bürger diese gewachsene Komplexität wahrnehmen; zumindest wird aber bei einer stärker kognitiv mobilisierten Wählerschaft das Bewusstsein dafür zunehmen, dass politische Fragen komplex sind – unabhängig davon, ob die Komplexität tatsächlich größer geworden ist. Vor allem den politisch interessierten und kenntnisreichen Wahlberechtigten dürfte also das politische Geschehen in seiner Komplexität bewusst sein. Insofern könnte es mit steigender kognitiver Mobilisierung erforderlich werden, diese wahrgenommene Komplexität zu mindern oder doch beherrschbar zu halten. Die Bindung zu einer Partei mag dann eine Möglichkeit darstellen, dies zu erreichen. Eine derartige Form der Bindung hätte aber vermutlich einen instrumentellen Charakter – instrumentell für den Umgang mit der Komplexität von Politik – und wiese wohl nur noch wenig Gemeinsamkeiten mit dem klassischen Konzept der Parteiidentifikation auf, das eher den emotional unterfütterten Charakter einer einmal entwickelten Parteibindung betont und Teil der Identität des Individuums ist. *Kognitive Mobilisierung könnte so im Ergebnis bewirken, dass eine Parteibindung eben nicht unwahrscheinlicher, sondern gerade wahrscheinlicher wird.* Denkbar scheint aber immerhin, dass diese so begründete Parteibindung eine andere Bedeutung haben wird (vgl. z. B. Ohr et al. 2005). Insoweit könnten mit höherer kognitiver Mobilisierung solche Parteibindungen an Bedeutung gewinnen, die weniger affektiv geprägt sind.

Eine weitere, der Kernthese kognitiver Mobilisierung entgegenstehende Erwägung findet sich bereits in der People's Choice-Studie bei Lazarsfeld et al. (1968 [1944]) angelegt (vgl. Ohr et al. 2005: 441f.): Je größer die politische Involvierung eines Bürgers sei, desto eher und mehr würden politische Informationen gesucht.[7] Diese würden sodann aufgrund der größeren Erfahrung im Umgang damit besser ausgewertet werden können als bei weniger involvierten Personen. Involvierung könnte also Wahlberechtigte erst dazu befähigen, sich auf eine politische Position festzulegen und/oder zuguns-

7 Politische Involvierung wird bei Lazarsfeld et al. als politisches Interesse (an der anstehenden Wahl) aufgefasst (1968[1944]: 40ff.).

ten einer politischen Partei zu entscheiden. Es liegt in der Logik dieses Arguments, dass Involvierung dann auch eine Voraussetzung dafür sein kann, um eine Parteibindung zu entwickeln. Dass Involvierung die Bindung zu einer Partei fördern kann, ist auch im "American Voter" angedeutet:

> "It is by no means clear what causal interpretation should be given the association of strength of party identification and degree of political involvement. For the moment we may suppose that a person's location on either of these fundamental dimensions will influence his location on the other. *The individual who has a strong and continuing involvement in politics is more likely to develop a commitment to one or the other of the major parties*. And the individual who has such a commitment is likely to have his interest and concern with politics sustained at a higher level" (Campbell et al. 1960: 144f.; Hervorh. abg.).

Auch aus dieser Sicht setzt also die Entscheidung für eine politische Partei ein Minimum an politischer Information voraus. Steigt der Informationsgrad, so wird es wahrscheinlicher, dass eine Parteibindung aufgebaut werden kann.

Während kognitive Mobilisierung einerseits im Rahmen der von Dalton (1984) formulierten These die Bindung an Parteien schwächt, andererseits in der Argumentationslogik von Shively (1979) sowie in der bei Lazarsfeld et al. (1968 [1944]) und Campbell et al. (1960) angelegten Sicht die Parteibindung fördert, die Bindung also jedes Mal die abhängige Variable darstellt, betonen Green et al. (2002) gerade die mobilisierende Wirkung einer affektiv geprägten Parteibindung und heben damit die umgekehrte Kausalrichtung hervor:

> "To characterize party identification as a time-saving device that merely records one's current assessment of party capabilities fails to account for partisan affect. Partisans are less likely than Independents to avoid the cognitive costs of thinking about politics; on the contrary, they find politics engaging" (Green et al. 2002: 218).

Welche Implikationen ergeben sich nun aus Daltons theoretischen Überlegungen? Zuerst lässt sich folgern, dass etwa zwischen dem Bildungsgrad einer Person (oder ihrem Grad an Politikinteresse) und der Wahrscheinlichkeit, eine Parteibindung einzugehen und beizubehalten, eine *negative* Beziehung in der querschnittlichen Betrachtung bestehe: Bei höherer Bildung (höherem Politikinteresse) sollte in der Tendenz die Bindungswahrscheinlichkeit kleiner sein. Ob es sich hier in der Theorie um eine monotone Beziehung handeln soll, lässt sich den Ausführungen Daltons nicht entnehmen. Zumindest sollte aber gelten, dass die am stärksten kognitiv mobilisierten Bürger eine geringere Bindungswahrscheinlichkeit haben als die weniger mobilisierten.

Neben dieser querschnittlichen Erwartung ist auch eine für die längsschnittliche Entwicklung denkbar: Besonders bei den hoch Mobilisierten könnte im zeitlichen Verlauf die Bindungswahrscheinlichkeit am stärksten *abgenommen* haben. Dalton und Rohrschneider (1990: 315) deuten dies mit ihrer Vermutung an, wonach Veränderungen des politischen Kontextes in den 1980er Jahren besonders bei hoher kognitiver Mobilisierung zu einer *Auflösung* von Parteineigungen geführt hätten, während noch in den 1960er und 1970er Jahren hohe kognitive Mobilisierung eher einen Aufbau von

Parteieigungen gefördert habe.[8] Warum freilich Veränderungen des politischen Kontextes gerade bei den kognitiv hoch mobilisierten Bürgern in der Gegenwart ein Dealignment begünstigt haben sollte, bleibt offen.[9] Auch fragt es sich, wie man erklären will, dass kognitive Mobilisierung bei ein und derselben Wählergruppe früher anders wirkte als in der Gegenwart. Was man in jedem Fall benötigt, möchte man solche längsschnittlichen Erwartungen begründen, sind *weitere spezifische Erklärungsgrößen*, die notwendigerweise außerhalb des Bezugsrahmens kognitiver Mobilisierung zu suchen sind: Sollten sich etwa die hoch gebildeten Bürger über die Zeit hinweg in besonderem Maße von den Parteien abgewendet haben, so kann dies schon allein aus methodischen Gründen nicht mit der hohen Bildung dieser Gruppe begründet werden, da eine Veränderung nicht mit einer konstanten Größe erklärt werden kann. Beispielsweise könnten sich hoch gebildete Bürger früher und schneller aus Milieubindungen gelöst haben und/oder ihr Informationsverhalten unter den Bedingungen der Mediengesellschaft geändert haben und im Ergebnis seltener an eine Partei gebunden sein. Ob solche (oder ähnliche) Erklärungen theoretisch plausibel und empirisch tragfähig sind, kann in diesem Beitrag nicht untersucht werden. Uns geht es im Folgenden darum, empirisch verlässlich zu klären, inwieweit es unterschiedliche Grade und Geschwindigkeiten des Partisan Dealignments gibt, wenn wir nach der kognitiven Mobilisierung unterscheiden. Darauf aufbauend könnte dann die Erklärung derartiger differenzieller Entwicklungen angegangen werden.

4 Empirische Analysen: Kognitive Mobilisierung und Bindungen an Parteien in der längsschnittlichen Betrachtung

4.1 Graphische Analysen im Längsschnitt

Wir beginnen unsere empirische Analyse, indem wir in Abbildung 2 für die Jahre 1976 bis 2005 die Bindungswahrscheinlichkeiten in vier Bildungsgruppen darstellen. Bei der Differenzierung nach dem Bildungsgrad zeigt sich zuerst, dass der Abwärtstrend für die Bindungswahrscheinlichkeit über die Zeit hinweg für alle vier Bildungsgruppen gleichermaßen besteht (vgl. Wattenberg 1998 für die USA). Demgegenüber erscheinen die Unterschiede zwischen den Bildungsniveaus je Zeitpunkt vergleichsweise gering. Gemessen an dem Anteil der Wahlberechtigten mit einer Parteieigung ist das Partisan Dea-

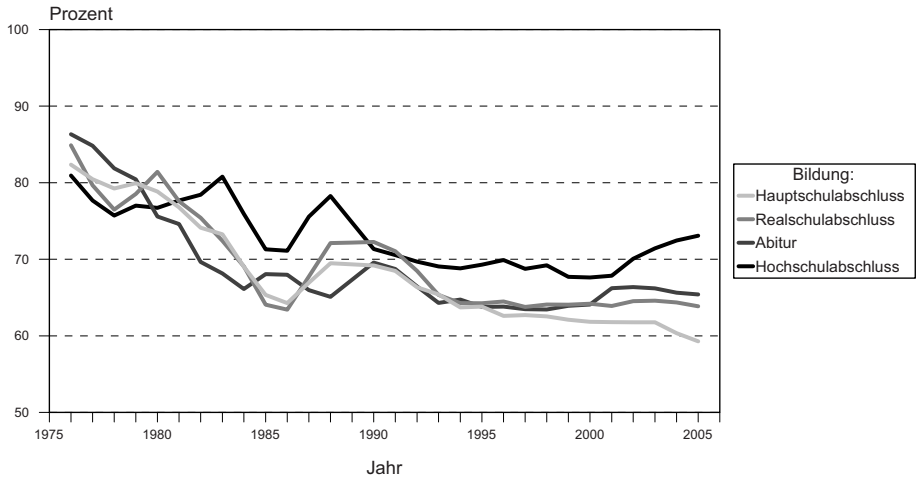
8 "Im Verlauf der Etablierung des Parteiensystems in den sechziger und siebziger Jahren könnten die kognitiv kompetenten Wählersegmente eher als andere Wähler Parteieigungen entwickelt haben, da diese Individuen der Entwicklung eines stabilen Parteiensystems sensibler gegenüberstanden. Mit der Veränderung des politischen Kontexts in den achtziger Jahren könnten jedoch die gleichen Merkmale zu einer Auflösung der Parteieigungen führen" (Dalton/Rohrschneider 1990: 315, Fußnote 34).

9 "Die von der Funktionshypothese abzuleitende Prognose ist die, daß die Auflösung der Parteieigungen hauptsächlich innerhalb der höher gebildeten Schichten auftritt, da dieses Wählersegment die kognitiven Strukturen besitzt, unabhängig politische Ereignisse zu bewerten, ohne dabei auf dauerhafte, affektive Parteieigungen zurückgreifen zu müssen" (Dalton/Rohrschneider 1990: 315f.).

lignment in Deutschland ohnehin moderat. Und für diese spezifische, begrenzte Perspektive auf die Entkopplung von Parteien und Bürgern scheint aus dieser längsschnittlichen Perspektive die kognitive Mobilisierung in dem Sinne höherer Bildung nur eine eher kleine Rolle zu spielen. Dagegen halten könnte man, dass auch kleine Bildungseffekte im Zusammenspiel mit erheblichen Veränderungen der Randverteilungen bei den Bildungsstufen die Entkopplung im Sinne der Theorie kognitiver Mobilisierung zu erklären vermöchten. Denn der Anteil der Hochgebildeten ist in den vergangenen Jahrzehnten in der Tat sehr deutlich gestiegen (vgl. Ohr et al. 2005: 436, Schaubild 2).

Nun zeigen sich in Abbildung 2 freilich weder hinsichtlich einer spezifischen Entwicklung der höher gebildeten Wahlberechtigten im Untersuchungszeitraum noch hinsichtlich einer Verschiebung der querschnittlichen Beziehung zwischen Bildungsgrad und Bindungswahrscheinlichkeit Indizien, die die These kognitiver Mobilisierung stützen würden. Bereits ab den 1980er Jahren trifft es keineswegs zu, dass die Bindungswahrscheinlichkeiten der höher gebildeten Wahlberechtigten systematisch kleiner sind oder werden als die Wahrscheinlichkeiten der Personen mit niedrigerer Bildung. Vielmehr zeigen sich im größten Teil der 1980er und der 1990er Jahre die klar höchsten Bindungswahrscheinlichkeiten bei den Wahlberechtigten mit Hochschulabschluss. Bei höherer Bildung nehmen die Anteile der Parteigebundenen in den rund drei Jahrzehnten nicht stärker ab als bei niedriger Bildung. Ganz im Gegenteil: Blickt man auf den Zeitraum etwa ab dem Jahr 2001, so scheint sich sogar *speziell bei den Höhergebildeten wieder eine Zunahme des Anteils parteigebundener Bürger* anzudeuten. Dass nun gerade in den jüngsten Jahren die Wahlberechtigten mit der *höchsten Bildung* die *größte* Bindungswahrscheinlichkeit haben, widerspricht der These kognitiver Mobilisierung ganz gewiss. Besonders in diesen letzten Jahren ist der Abstand der Bindungswahrscheinlichkeiten zwischen den Personen mit dem höchsten Bildungsgrad und den Personen mit dem niedrigsten Bildungsgrad am größten geworden.

Abbildung 2: Parteineigung nach Bildungsgrad (Westdeutschland), 1976-2005 (Angaben in Prozent)

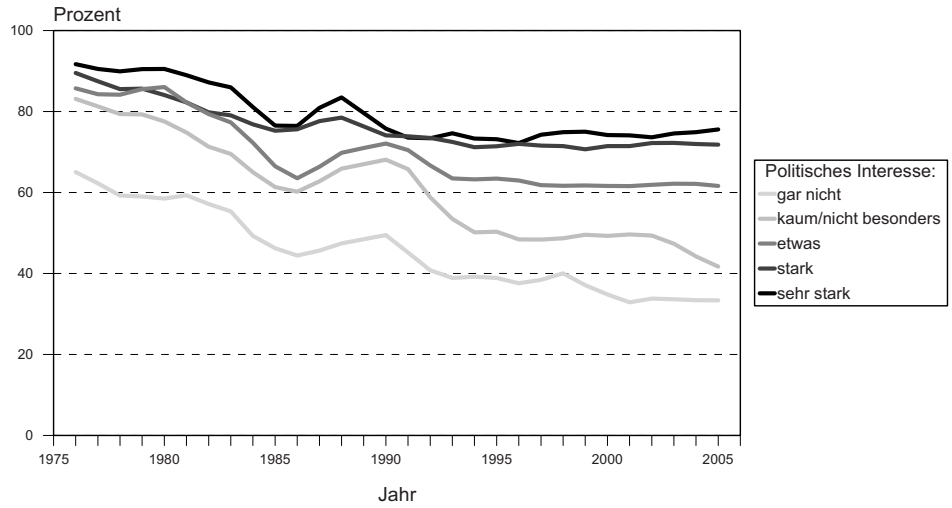


Anmerkungen: vgl. Abbildung 1.

Gerade die am höchsten gebildeten Wähler sind es also, die sich in der Gegenwart nach wie vor mit einer der politischen Parteien identifizieren. Auch eine – im Hinblick auf die verfügbaren Daten – möglichst differenzierte Messung des Bildungsniveaus ergibt mithin kein günstiges Bild für die These kognitiver Mobilisierung. Eher verstärkt sich der Eindruck, dass es eben doch die Wahlberechtigten mit der höchsten kognitiven Kapazität sind, die die besten Voraussetzungen dafür haben, dass eine Parteibindung aufgebaut und stabilisiert wird.

Neben dem Bildungsgrad als der *Fähigkeits*facette der kognitiven Mobilisierung sieht Dalton (1984) das Interesse an Politik als die zweite Facette, die der *politischen Involvierung*. Welche Muster ergeben sich für die Parteineigung, wenn diese zweite Facette in den Blick genommen wird? Wie verhalten sich das Politikinteresse und die Wahrscheinlichkeit, sich mit einer Partei zu identifizieren, über die Zeit hinweg? Abbildung 3 dokumentiert die Bindungswahrscheinlichkeiten für die Wähler mit fünf Abstufungen des Politikinteresses. Anders als bei dem Bildungsgrad sind die querschnittlichen Unterschiede bei dem Interesse an Politik über den gesamten Zeitraum deutlich ausgeprägt: Bei *sehr starkem* Interesse an Politik ist der Anteil der Parteigebundenen in der Mitte der 1970er Jahre rund 25 Prozentpunkte höher als bei gar nicht vorhandenem Interesse. Hohe politische Involvierung geht mit einer hohen Wahrscheinlichkeit einher, sich mit einer der politischen Parteien zu identifizieren. Bei beiden Gruppen nimmt die Bindungswahrscheinlichkeit bis 2005 ab, freilich deutlich stärker bei den gar nicht oder nur wenig Involvierten; damit vergrößert sich bis zum Jahr 2005 der Unterschied zwischen beiden Extremgruppen auf bis zu 40 Prozentpunkte.

Abbildung 3: Parteineigung nach Politikinteresse (Westdeutschland), 1976-2005



Anmerkungen: vgl. Abbildung 1.

Bislang weisen die empirischen Befunde aus der längsschnittlichen Betrachtung also weder für die Bildung noch für das Politikinteresse der Wahlberechtigten in die Rich-

tung, die die These der kognitiven Mobilisierung vorgibt. Genauere und verlässliche Aufschlüsse vermag freilich erst eine multivariate Analyse zu geben, welche die Bestimmungsgründe der Parteineigung im zeitlichen Verlauf in den Blick nimmt.

4.2 Längsschnittliche Analyse der These kognitiver Mobilisierung mittels eines Mehrebenen-Designs

Die Datengrundlage unserer längsschnittlichen multivariaten Analyse bilden wie bei den Abbildungen 1 bis 3 die kumulierten Politbarometerstudien der Jahre 1976 bis einschließlich 2005 für Westdeutschland. Unser Analyseziel entspricht im Grundsatz dem der Untersuchungen Daltons (2000) und Arzheimers (2006), nämlich abzuschätzen, welchen Beitrag die Indikatoren kognitiver Mobilisierung für die Erklärung des Partisan Dealignments zu leisten vermögen.

In Arzheimers Studie (2006) der Bestimmungsgründe der Parteineigung wird eine Reihe von Merkmalen einbezogen, darunter auch die kognitive Mobilisierung. Als Indikator der kognitiven Mobilisierung wird allein der Bildungsgrad eines Wahlberechtigten berücksichtigt. Damit bleibt die Rolle der politischen Involvierung als einer potenziell wichtigen Bestimmungsgröße ausgeblendet. Zwar besteht durchaus ein positiver Zusammenhang zwischen Bildung und dem Interesse an Politik, dieser ist aber keineswegs so eng, dass man den einen Indikator für den anderen nehmen könnte.[10]

Dalton schlägt in einer früheren Analyse vor, kognitive Mobilisierung mittels eines additiven Indexes aus dem Bildungsgrad einer Person und dem Politikinteresse zu erfassen (1984: 267; vgl. auch unsere Fußnote 5). Dalton (2000) verwendet in zwei separaten Analysen zuerst die Bildung, dann eine aus zwei Indikatoren zusammengesetzte Indexvariable politischer Involvierung als Bestimmungsgröße der Parteineigung.[11] Wir beziehen in unserer eigenen empirischen Analyse im Folgenden Bildung und Politikinteresse

10 Arzheimer (2006: 799, Fußnote 22) klammert das Politikinteresse aus seiner Analyse aus, weil es nur in 87 von über 300 Politbarometerstudien erhoben wurde und weil die Anfang der 1990er Jahre erfolgte Änderung in der Abfrage des Politikinteresses den Indikator für eine längsschnittliche Analyse entwerte. Zudem bestehe zwischen Bildung und dem Interesse an Politik ein hinreichend starker Zusammenhang, so dass man mit der Bildung implizit auch das Politikinteresse berücksichtige. Sicherlich bedeutet es zum ersten eine nicht geringe Einschränkung, wenn nur in 87 Politbarometerstudien gleichzeitig Bildung und Politikinteresse erhoben wurden. Dennoch werden damit fast alle Jahre des gesamten Zeitraums erfasst (vgl. dazu Abbildung 1). Zweitens muss letztlich empirisch entschieden werden, ob Änderungen der Abfrage des Politikinteresses tatsächlich substanziell relevante Implikationen haben. Wir haben für unsere Regressionsmodelle geprüft, ob die Anfang der 1990er Jahre erfolgte Änderung der Abfrage substanziell bedeutsam ist und haben keine signifikanten Effekte gefunden. Drittens beträgt die Korrelation zwischen Bildung und Politikinteresse in unseren Daten nur 0.33 und lässt damit erheblichen Spielraum für unterschiedliche Wirkungen auf Existenz und Stärke von Parteibindungen.

11 Ganz eindeutig sind die diesbezüglichen Angaben Daltons (2000: 33f.) nicht, aber es scheint die Indexvariable zur kognitiven Mobilisierung verwendet worden zu sein, wie sie sich etwa im Eurobarometer Oktober/November 1978 findet. Dieser Index kombiniert nicht Bildung und Politikinteresse, sondern zum einen die Frage, wie häufig man Freunde und Bekannte von einer Meinung überzeuge, zum anderen die Frage nach der Häufigkeit von Diskussionen über Politik.

simultan als Indikatoren der kognitiven Mobilisierung in die längsschnittliche Analyse ein. Dabei legen wir im Unterschied zu einem additiven Index aber nicht im vorhinein fest, in welcher Weise beide Merkmale die Parteineigung und ihre Entwicklung bestimmen. Ob beide Merkmale ihren eigenständigen Erklärungsbeitrag leisten, bleibt empirisch zu bestimmen, ebenso, ob Bildung und Politikinteresse additiv oder nicht-additiv zusammenwirken. Denn Bildung und Involvierung könnten möglicherweise ganz unterschiedliche Effekte entfalten. Aus diesem Grund werden wir das additive Zusammenwirken beider Indikatoren nicht unterstellen, sondern ausdrücklich testen.

Im Unterschied zu den beiden genannten Analysen konnten wir unsere Datenreihe bis in das Jahr 2005 verlängern. Zudem besteht ein weiterer wichtiger Unterschied speziell zu Daltons (2000) Vorgehen darin, dass wir insgesamt 87 Messzeitpunkte über den gesamten Zeitraum einbeziehen, Dalton dagegen nur jeweils den Anfangs- und Endzeitpunkt.

Die Bindung an eine Partei erfassen wir alternativ mit zwei Variablen, zum einen mit einer *dichotomen Variablen für die Parteibindung*, wobei eine Ausprägung die Bindung zu einer der deutschen Parteien repräsentiert, die andere Ausprägung dagegen für die Abwesenheit einer solchen Bindung steht. Zum anderen messen wir die Bindung zu einer Partei mit einer *6-Punkte-Skala*, in die auch die Stärke der Parteineigung eingeht: 0 steht dabei für die Abwesenheit einer Bindung, der Maximalwert 5 indiziert demgegenüber eine sehr starke Parteibindung.

Für jede der beiden abhängigen Variablen formulieren und schätzen wir vier Erklärungsmodelle, die nachfolgend vorgestellt und erläutert werden. In jedes der vier Modelle beziehen wir eine Variable ein, die danach unterscheidet, ob eine Wahlstudie in der engeren Vorwahlzeit durchgeführt wurde oder nicht. Damit versuchen wir zu berücksichtigen, dass die Bürger in der engeren Vorwahlzeit durch den Wahlkampf mobilisiert werden und damit möglicherweise häufiger und/oder in größerer Intensität eine Parteineigung im Interview angeben.

Keine substanziell bedeutsamen Unterschiede zeigten sich zwischen unseren beiden abhängigen Variablen, der Wahrscheinlichkeit einer Parteibindung einerseits und der mehrstufigen Bindungsvariablen, die die Stärke mitberücksichtigt, andererseits. Sowohl im Hinblick auf die Muster der Regressionskoeffizienten als auch hinsichtlich der vorhergesagten Werte der abhängigen Variablen sind die Ergebnisse sehr ähnlich, so dass wir uns im Folgenden auf die Wahrscheinlichkeit einer Parteibindung als Zielvariable konzentrieren werden.

Mit *Modell 1* versuchen wir die Existenz einer Parteineigung mittels einer Zeitvariable, dem Bildungsgrad, dem Politikinteresse sowie der bereits erwähnten Variable für die engere Vorwahlzeit zu erklären. In diesem ersten und einfachsten Erklärungsmodell werden Unterschiede der Parteibindung zwischen den Bildungsgruppen sowie nach dem Grad des politischen Interesses erfasst; ebenso werden über die Zeitvariable Veränderungen der Parteibindung zwischen 1976 und 2005 geschätzt. Eine wichtige Restriktion dieses einfachen Modells besteht darin, dass sich etwaige Veränderungen über die Zeit hinweg nicht zwischen Niedrig- und Hochgebildeten unterscheiden können; in gleicher Weise wird unterstellt, dass Veränderungen im zeitlichen Verlauf bei Personen

mit schwachem Politikinteresse genauso ausfallen wie bei den stark an Politik Interessierten.

Durch *Modell 2* wird die Existenz einer Parteineigung mit der Zeitvariable, dem Bildungsgrad, dem Politikinteresse sowie jeweils zwei Interaktionseffekten zwischen Bildung und dem Politikinteresse einerseits und der Zeitvariable und der Variable für die engere Vorwahlzeit andererseits erklärt. Mit den beiden Interaktionseffekten testen wir, ob und inwieweit sich die Effekte der Bildung und der Involvierung über die Zeit hinweg (linear) verändern. Mit anderen Worten: eine Abschwächung der Parteibindung im Zeitablauf kann sich jetzt je nach Grad der Bildung oder des Politikinteresses unterscheiden, so wie dies die Abbildungen 2 und 3 auch nahelegen. Sollte sich einer der genannten Interaktionseffekte als nicht signifikant erweisen, so wird er aus den Modellen ausgeschlossen und in den präsentierten Modellen nicht berichtet.

Modell 3 ist identisch mit Modell 1, enthält als erklärende Variablen der Parteibindung neben dem Indikator für die Vorwahlzeit, der Zeitvariable, den Bildungsgrad und das Politikinteresse aber zusätzlich einen Interaktionseffekt zwischen Bildung und Politikinteresse. Hinter diesem Modell steht die Überlegung, dass sich politische Involvierung bei niedrig Gebildeten anders auf die Parteibindung auswirken kann als bei den höher Gebildeten. So mag man als eine spezielle Variante der These kognitiver Mobilisierung annehmen, dass politische Involvierung besonders bei geringer Bildung zu einer selteneren und/oder schwächeren Parteibindung führt.

Modell 4 ist schließlich das vollständigste und damit zugleich auch das komplexeste Erklärungsmodell für die Existenz einer Parteineigung. Es umfasst sämtliche Erklärungsgrößen der Modelle 2 und 3, enthält also die Indikatorvariable für die Vorwahlzeit, die Zeitvariable, den Bildungsgrad, das Politikinteresse, zwei Interaktionseffekte zwischen Bildung und dem Politikinteresse einerseits mit der Zeitvariable und der Variable für die engere Vorwahlzeit anderseits und zuletzt noch den Interaktionsterm zwischen Bildung und dem Interesse an der Politik. Erweist sich einer der genannten Interaktionseffekte als nicht signifikant, so wird er wiederum aus den berichteten Modellen ausgeschlossen.

In den Tabellen 1 und A-1 haben wir unsere Regressionsergebnisse für die beiden abhängigen Variablen und die jeweils vier Erklärungsmodelle dokumentiert. Dabei weist Tabelle 1 die Erklärungsmodelle für die dichotome Variable der Parteibindung aus; geschätzt wurden jeweils logistische Mehrebenenregressionen. Die zu einem bestimmten Zeitpunkt befragten Wahlberechtigten bilden die Untersuchungseinheiten der ersten Ebene, die insgesamt 87 Zeitpunkte die zweite Ebene. Im oberen Teil der Tabelle sind die b-Koeffizienten einschließlich der dazugehörigen t-Werte berichtet, im unteren Teil die Varianzkomponenten für die b-Koeffizienten der Befragtenmerkmale, die darüber Aufschluss geben, welche dieser b-Koeffizienten über die verschiedenen Zeitpunkte hinweg signifikante, nicht erklärte Unterschiede aufweisen. Interaktionen zwischen Befragtenmerkmalen sind durch ein Multiplikationszeichen gekennzeichnet (z. B. Bildung * Politisches Interesse); ebenenübergreifende, so genannte Cross-Level-Interaktionen sind ohne Multiplikationszeichen wiedergegeben, wobei das Merkmal für die Zeitebene unmittelbar unter dem betreffenden Befragtenmerkmal, mit dem es interagiert, aufgeführt ist (so bezeichnet das direkt unter "Bildung" leicht nach rechts ver-

setzt aufgeführte Zeitebenenmerkmal "Zeit seit August 1976" den Cross-Level-Interaktionsterm zwischen Bildung und der Zeit, die seit August 1976 vergangen ist). Im unteren Teil der Tabelle bezieht sich die Einrückung auf die Ebene, auf der die Varianzkomponenten angesiedelt sind. Tabelle A-1 im Anhang enthält die Erklärungsmodelle für die sechsstufige Variable der Parteibindung, bei der auch nach der Intensität der Bindung differenziert wurde. Für diese abhängige Variable wurden lineare Mehrebenenregressionen gerechnet.[12]

In Tabelle 1 zeigt sich für Modell 1, dass die Wahrscheinlichkeit einer Parteibindung mit zunehmender Bildung abnimmt, wie dies die These kognitiver Mobilisierung vorsieht, dass hingegen mit zunehmendem Politikinteresse die Wahrscheinlichkeit einer Parteibindung steigt. In Modell 2 wird jedoch deutlich, dass der Bildungseffekt sich über die Zeit hinweg abschwächt und gegen Ende unseres Untersuchungszeitraumes bereits einen positiven Einfluss auf die Parteibindung besitzt (-0.223 + 28.83 * 0.011 = 0.094), was mit kognitiver Mobilisierung im Sinne Daltons nicht vereinbar ist. Dem Regressionsergebnis für Modell 3 schließlich ist zu entnehmen, dass sich der Bildungseffekt mit zunehmendem Interesse an Politik verringert und umgekehrt.

Bei komplexen Erklärungsmodellen, die mehrere Interaktionseffekte beinhalten, ist es alles andere als einfach, die inhaltlichen Implikationen herauszuarbeiten. Befördert etwa ein starkes Interesse an Politik die Entkopplung von Wählern und Parteien – unabhängig von und über ein hohes Bildungsniveau hinaus? Wie variiert diese mögliche Wirkung je nach Bildungsgrad, und erfolgt zusätzlich eine Abschwächung der Parteibindung über die Zeit hinweg bei stark Involvierten anders als bei schwach Involvierten? Solche inhaltlichen Fragen lassen sich weit anschaulicher beantworten, wenn man die Auswirkungen verschiedener Merkmalskombinationen der unabhängigen Variablen auf die vorhergesagten Werte der abhängigen Variablen graphisch darstellt (vgl. zur Berechnung der vorhergesagten Werte Andreß et al. 1997: 272ff.). Eventuelle Interaktionseffekte werden dabei vor allem in unterschiedlichen Steigungen der Wertekurven sichtbar.

Dabei stellen wir auf der Basis unseres komplexesten Modells (Modell 4) die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für die Existenz einer Parteineigung dar: in Abhängigkeit von der Zeit (bei Konstanthalten der Bildung und des Politikinteresses, vgl. Abbildung 4), dann in Abhängigkeit vom Bildungsgrad (bei Konstanthalten des Zeitpunkts und des Politikinteresses, vgl. Abbildung 5) und zuletzt in Abhängigkeit des Interesse an der Politik (bei Konstanthalten des Zeitpunkts und des Bildungsgrads, vgl. Abbildung 6).

---

12 Der einzige Unterschied zwischen den Mustern für die abhängige Variable in Tabelle 1 und A-1 besteht in den Modellen 1 und 3 darin, dass die Stärke der Parteineigung in der Vorwahlzeit bedeutsam zunimmt, was für die Wahrscheinlichkeit des Vorhandenseins einer Parteibindung nicht zutrifft. In den Modellen 2 und 4 besteht der einzige Unterschied darin, dass das politische Interesse seit 1976 wie auch in der jeweiligen Vorwahlzeit bedeutsam an Einfluss auf die Stärke der Parteibindung gewinnt, nicht aber auf die Wahrscheinlichkeit des Vorhandenseins einer Parteibindung. Die Mehrebenenanalysen wurden mit dem Programm HLM 6.04 gerechnet (vgl. zum Verfahren der Mehrebenenanalyse Snijders/Bosker 1999).

Tabelle 1: **Determinanten der Parteineigung, 1976-2005 (logistische Mehrebenenregressionen)**

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
	b	t	b	t	b	t	b	t
Interzept	.669	6.511[b]	.695	6.808[b]	624	6.285[b]	.654	6.662[b]
Zeit seit August 1976 (in Jahren)	-.045	-10.116[b]	-.046	-10.481[b]	-.046	-10.225[b]	-.048	-10.568[b]
Vorwahlzeitpunkte	.138	1.187	.148	1.235	.136	1.175	.144	1.215
Bildung	-.040	-3.223[b]	-.223	-5.773[b]	061	2.356[a]	-.125	-3.024[b]
Zeit seit August 1976 (in Jahren)			.011	5.531[b]			.011	6.202[b]
Politisches Interesse	.402	27.337[b]	.404	27.139[b]	.434	24.534[b]	.439	23.752[b]
Bildung * Politisches Interesse					-.042	-4.505[b]	-.047	-4.815[b]
Zeitebene N	87		87		87		87	
Befragtenebene N	88 025		88 025		88 025		88 025	

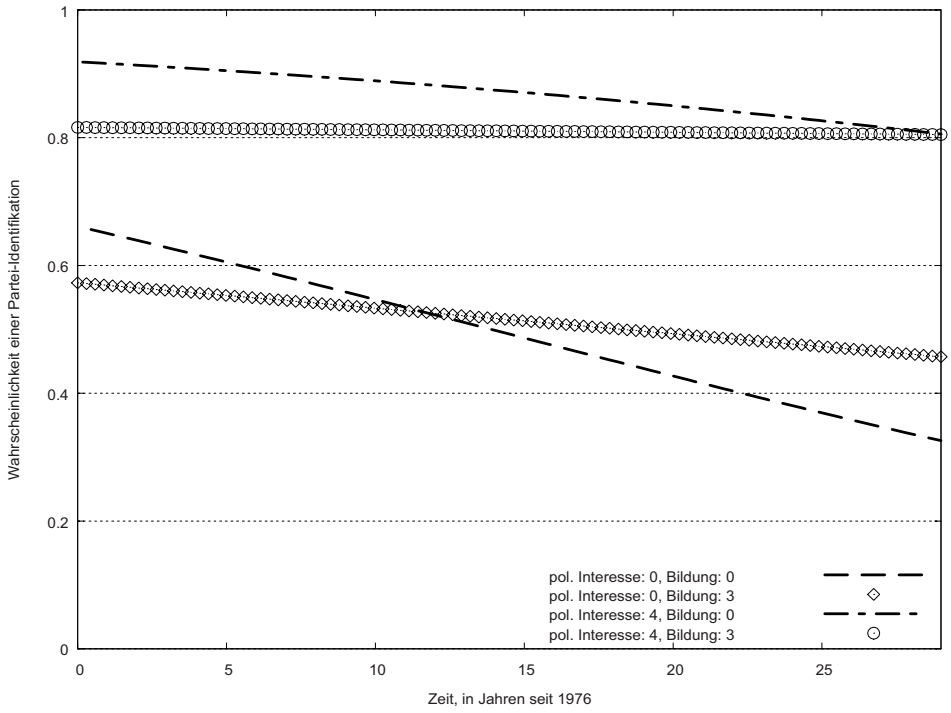
Random Effekte Zeitebene	Varianz-komponente	χ^2	Varianz-komponente	χ^2	Varianz-komponente	χ^2	Varianz-komponente	χ^2
Interzept	.038	204.750[b]	.038	206.842[b]	038	205.630[b]	.037	204.222[b]
Bildung	.003	169.074[b]			.004	178.351[b]		
Politisches Interesse	.003	130.417[b]	.003	130.059[b]	.003	133.882[b]	.003	132.287[b]
Bildung * Politisches Interesse								

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: a = $p \leq 0.05$; b = $p \leq 0.01$. t-Werte basieren auf robusten Standardfehlern; gewichtete Daten (vgl. dazu Tabelle A-1 im Anhang); *Kodierung*: Parteineigung: 0 (keine Parteineigung), 1 (Parteineigung); *Bildung*: 0 (höchstens Hauptschulabschuss), 1 (Mittlere Reife), 2 (Abitur), 3 (Hochschulabschluss); *politisches Interesse*: 0 (gar nicht), 1 (kaum/nicht besonders), 2 (etwas), 3 (stark), 4 (sehr stark); die Frage nach dem politischen Interesse wurde in den Politbarometern bis einschließlich 1991 mit Filterfrage erhoben: a) politisches Interesse ("ja", "nicht besonders", "gar nicht"), b) falls "ja": Stärke des politischen Interesses ("sehr stark", "stark", "etwas"); ab 1992 wurde ohne Filter nach der Stärke des politischen Interesses gefragt (mögliche Antworten: "sehr stark", "stark" "etwas", "kaum", "gar nicht"); in der Wahlstudie 1976 wurde das politische Interesse wie in den Politbarometern bis 1991 erhoben, wobei bei der Stärke des politischen Interesses "nicht so stark" statt "etwas" verwendet wurde; *Zeit seit August 1976* in Jahren (Wertebereich: 0 bis 28.83, also August 1976 bis Jun: 2005); *Vorwahlzeitpunkte*: 0 (kein Vorwahlzeitpunkt), 1 (Vorwahlzeitpunkt; umfasst maximal 3 Monate vor der nächsten Bundestagswahl; der Wahlmonat selbst zählt nur dazu, wenn die Bundestagswahl in der 2. Hälfte des Umfragemonats stattfand).

Eine Kurve zeigt dabei die Wirkung einer unabhängigen Variable, bei Konstanz der anderen unabhängigen Variablen (vgl. Legenden der jeweiligen Abbildungen). Für die konstant zu haltenden Variablen wurden jeweils ihre Extremwerte gewählt.

Welches sind die zentralen Befunde in Abbildung 4? Die mit Abstand stärkste Abnahme in der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit einer Parteineigung finden wir dann, wenn *keinerlei kognitive Mobilisierung* vorliegt, wenn also sowohl der Bildungsgrad als auch das Politikinteresse die niedrigste Ausprägung aufweisen. Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass dieser besonders rapide Rückgang bereits auf recht niedrigem Ausgangsniveau beginnt. Vollkommene Stabilität der Parteineigung auf einem Niveau von rund 80 Prozent zeigt sich demgegenüber in der Gruppe mit maximaler kognitiver Mobilisierung: Bei hoher Bildung und sehr starkem Politikinteresse neigt also in den 1970er Jahren wie im Jahr 2005 ein unverändert großer Anteil den politischen Parteien zu. Vergleichen wir die beiden Extremgruppen der kognitiven Mobilisierung miteinander, so ergibt sich sowohl für das Niveau einer Parteibindung als auch für die Veränderung über drei Jahrzehnte hinweg ein Muster, das der These kognitiver Mobilisierung kaum klarer widersprechen könnte.

Abbildung 4: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit einer Parteineigung in Abhängigkeit von der Zeit (Westdeutschland), 1976-2005

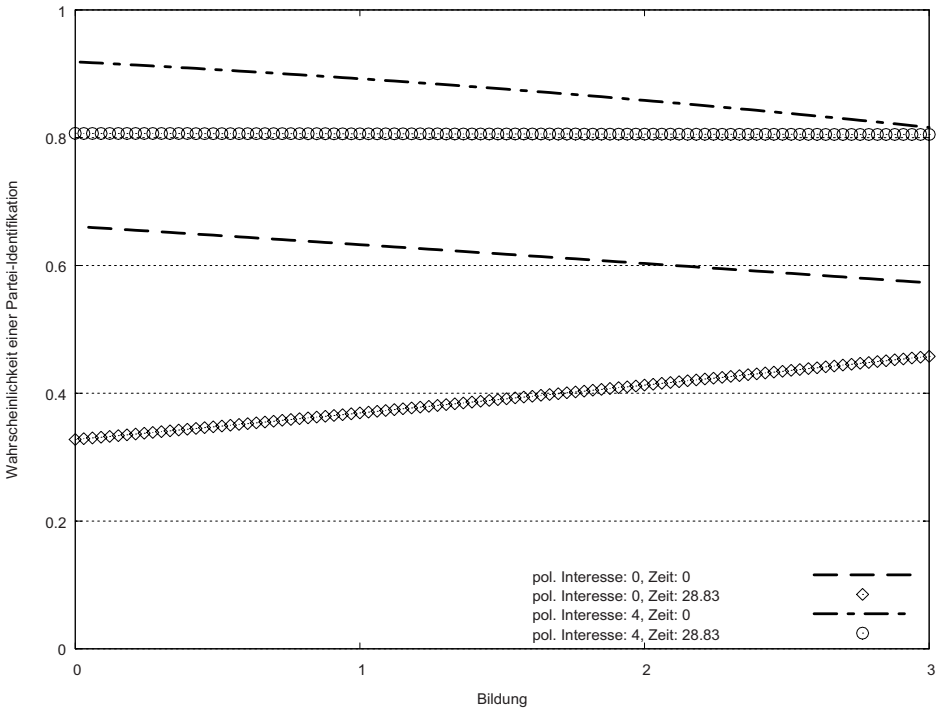


Dass das Politikinteresse die Wahrscheinlichkeit einer Parteibindung eindeutig befördert, lässt sich an dem großen Niveauunterschied zwischen den Linien für Personen mit fehlendem Politikinteresse einerseits und den Linien für Personen mit sehr starkem Politikinteresse andererseits ablesen. Für die letztere Gruppe sind die Bindungswahrscheinlichkeiten sehr viel höher, weitgehend unabhängig von Zeitpunkt und Grad der Bildung.

Zu Beginn des Zeitraums in der Mitte der 1970er Jahre zeigt sich jeweils ein negativer Bildungseffekt auf die Wahrscheinlichkeit einer Parteineigung in dem Sinne, dass die Bindungswahrscheinlichkeit bei dem höchsten Bildungsgrad niedriger ist als bei dem niedrigsten Bildungsgrad. Dies gilt sowohl bei fehlendem Politikinteresse als auch bei dem höchsten Grad an politischer Involviertheit. In der Gegenwart gilt dies nicht mehr: Bei starker Politikinvolvierung unterscheiden sich die Hoch- und die Niedriggebildeten überhaupt nicht mehr, und bei fehlender Involvierung zeigt sich sogar ein positiver Bildungseffekt. Liegt also in der Gegenwart kein Interesse an Politik vor, so ist bei einem hohen Bildungsgrad die Wahrscheinlichkeit einer Parteibindung höher als bei einem niedrigen Bildungsgrad. Abbildung 4 beinhaltet also nur wenig an Unterstützung für die These kognitiver Mobilisierung und auch dies nur bei wohlwollender Auslegung: Allein der negative Bildungseffekt in den 1970er Jahren steht im Einklang mit der These. Wie aber sollte man erklären, dass hohe Bildung in den 1970er Jahren eine Parteineigung unwahrscheinlicher macht, in der Gegenwart hingegen wahrscheinlicher? Wir wollen nicht behaupten, dass diesbezüglich keine plausible Erklärung möglich wäre; innerhalb des Bezugsrahmens der These kognitiver Mobilisierung wird eine solche Erklärung sich freilich nicht finden lassen.

In Abbildung 5 beziehen wir eine zweite mögliche Perspektive: Hier geht es darum, den Effekt der Bildung auf die Wahrscheinlichkeit einer Parteineigung direkt abzuschätzen. Auch in Abbildung 4 konnte man schon Rückschlüsse über den Einfluss der Bildung ziehen, indem Kurven verglichen wurden, die mit unterschiedlichen Bildungsgraden verknüpft sind. In Abbildung 5 ist dies auf eine unmittelbarere Weise möglich: die Steigung der abgebildeten Linien informiert über Richtung und Stärke des Bildungseffekts. Dabei zeigen sich insgesamt eher bescheidene Bildungseffekte. Sie fallen schwach und negativ zu Beginn des Untersuchungszeitraums aus, dies unabhängig von der Stärke des Politikinteresses. Betrachten wir dagegen den Einfluss der Bildung auf die Bindungswahrscheinlichkeit im Jahr 2005, so zeigt sich bei starkem Politikinteresse überhaupt keine Veränderung der Wahrscheinlichkeit. Wenn also die Involvierung hoch ist, dann bedeutet das in der Gegenwart eine sehr hohe Neigung, sich an eine Partei zu binden. Dem fügt die Bildung als kognitive Kapazität nichts mehr hinzu. Ist dagegen in der Gegenwart eine Politikinvolvierung nicht vorhanden, dann hat Bildung einen gewissen Einfluss auf die Bindungswahrscheinlichkeit, freilich einen positiven! Mit steigender Bildung wird es in der Gegenwart also *wahrscheinlicher*, dass eine Parteibindung besteht. Auch die komplexe multivariate Analyse erbringt mithin einen Befund, den wir bereits in der deskriptiven Betrachtung in Abbildung 2 konstatieren konnten.

Abbildung 5: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit einer Parteineigung in Abhängigkeit vom Bildungsgrad (Westdeutschland), 1976-2005

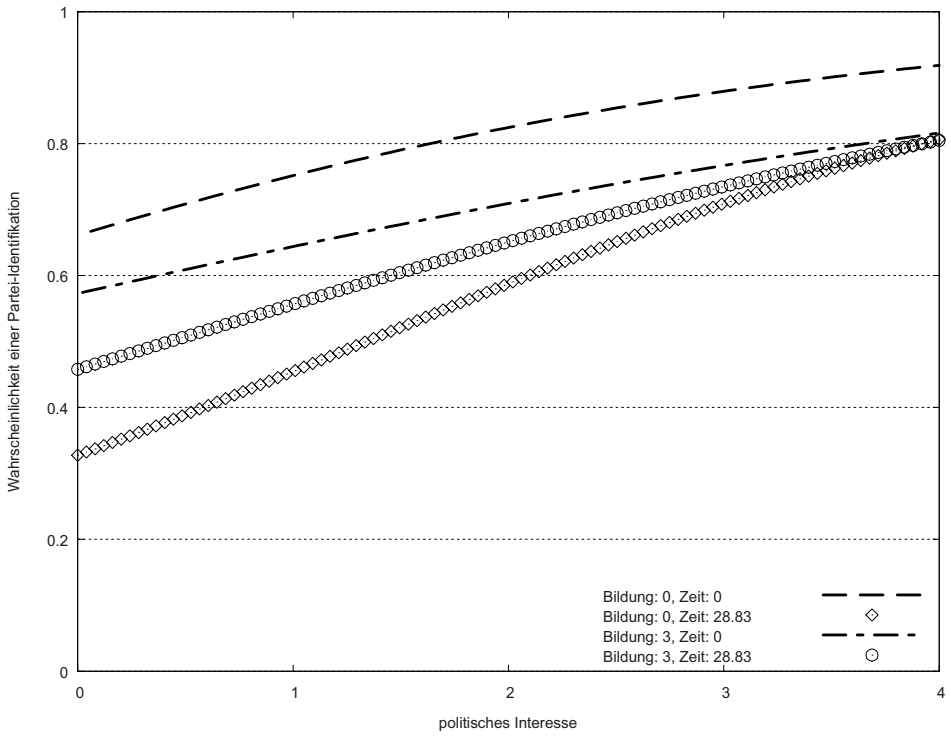


Die letzte der drei möglichen Perspektiven auf die Bestimmungsgründe des Partisan Dealignments findet sich in Abbildung 6. Dort ist auf der Grundlage unserer Mehrebenenregression dargestellt, auf welche Weise das Politikinteresse die Wahrscheinlichkeit einer Parteineigung bestimmt, wenn wir gleichzeitig für das Bildungsniveau und den Untersuchungszeitpunkt feste Werte annehmen. Der Hauptbefund von Abbildung 6 ist einfach beschrieben: Je stärker das Interesse an Politik, desto wahrscheinlicher ist eine Parteineigung. Dies gilt bei niedriger wie bei hoher Bildung, in den 1970er Jahren wie im Jahr 2005.

Dass in der Gegenwart sowohl das Politikinteresse als auch die Bildung eine Parteibindung wahrscheinlicher machen, zeigt sich an den beiden Vorhersagelinien für die Gegenwart (Zeit: 28.83) bei niedriger (Rauten) und hoher Bildung (Kreise): Erstens haben beide Linien eine positive Steigung; dies indiziert den die Parteineigung befördernden Effekt des Politikinteresses. Zweitens liegt die Linie für die hoch Gebildeten über derjenigen für die niedrig Gebildeten. Daran lässt sich der positive Effekt der Bildung ablesen. Beide Indikatoren der kognitiven Mobilisierung wirken dabei freilich nicht in einem additiven Sinne zusammen: Liegt bei abwesendem Politikinteresse die Bindungswahrscheinlichkeit noch deutlich höher, wenn gleichzeitig die Bildung hoch

ist, so verringert sich dieser Unterschied sukzessive bei steigendem Politikinteresse, um bei sehr starkem Politikinteresse gänzlich zu verschwinden.

Abbildung 6: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit einer Parteineigung in Abhängigkeit vom Politikinteresse (Westdeutschland), 1976-2005



5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das Ziel dieses Beitrags bestand darin, die These, dass die kognitive Mobilisierung der Wählerschaft maßgeblich zu einer Entkopplung von Parteien und Wählern beitrage, mit einem längsschnittlichen Analysedesign zu prüfen. Ein solches längsschnittliches Vorgehen ist aus mindestens zwei Gründen geboten: Zum einen beinhaltet die These mehrere Implikationen für die zeitliche Entwicklung, zum anderen birgt eine allein querschnittliche Analyse immer das Risiko, einen eher untypischen Zeitpunkt herauszugreifen.

Unsere Ergebnisse fallen sehr klar und eindeutig zu*un*gunsten der These aus und unterstreichen unser Fazit, das wir auf eine frühere querschnittliche Analyse (vgl. Ohr et al. 2005) gegründet haben: *Kognitive Mobilisierung ist in unserer Einschätzung keine wesentliche Bestimmungsgröße der Entkopplung von Parteien und Wählern in Deutschland.* Selbstverständlich hat kognitive Mobilisierung stattgefunden, dies auch

in einem beeindruckenden Ausmaß. Die deutschen Wähler sind in weit höherem Maß hoch gebildet und an Politik interessiert als noch in den 1960er Jahren. Nur sind die im Rahmen der These kognitiver Mobilisierung behaupteten Auswirkungen nicht eingetreten. Im Gegenteil weisen unsere Analysen klar darauf hin, dass der Entkoppelungstrend vor allem in der Gruppe der politisch gering Interessierten durchschlägt. Kognitive Mobilisierung der Wählerschaft, als die gemeinsame Zunahme von Bildung und Politikinteresse, hat diesen Prozess *verlangsamt,* nicht gefördert. Unter diesen Vorzeichen ist das seit langem beobachtete Dealignment vielleicht eher als Vorbote geringerer politischer Beteiligung zu deuten: Insoweit das Parteiensystem auch die Funktion hat, die subjektiven politischen Orientierungen der Bürger auszudrücken, scheint es diese Funktion in den letzten dreißig Jahren gerade bei den wenig Gebildeten und wenig Involvierten teilweise eingebüßt zu haben. Suchte man eine begriffliche Zuspitzung, wäre dieser Prozess wohl besser mit nicht-kognitiver De-Mobilisierung bezeichnet denn mit kognitiver Mobilisierung.

Das normativ für viele so attraktive Bild des hoch gebildeten, kenntnisreichen und politisch interessierten Bürgers, der frei von jeder Bindung an eine politische Partei sein politisches Urteil formuliert, erscheint vor diesem Hintergrund als ein Mythos, zumindest dann, wenn damit eine Massenerscheinung moderner Gesellschaften gemeint ist.

Literatur

Andreß, Hans-Jürgen, Jacques A. Hagenaars und *Steffen Kühnel,* 1997: Analyse von Tabellen und kategorialen Daten. Log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GKS-Ansatz. Berlin: Springer.

Arzheimer, Kai, 2006: 'Dead men walking'? Party identification in Germany, 1977-2002. In: Electoral Studies 25, 791-807.

Bartels, Larry M., 2000: Partisanship and Voting Behavior, 1952-1996. In: American Journal of Political Science 44, 35-50.

Berg, Klaus und *Christa-Maria Ridder* (Hg.), 2002: Massenkommunikation VI. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964-2000, Schriftenreihe Media Perspektiven, Bd. 16. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Campbell, Angus, *Philip E. Converse*, *Warren E. Miller* und *Donald E. Stokes*, 1960: The American Voter. Chicago: The University of Chicago Press.

Clarke, Harold D. und *Marianne C. Stewart*, 1998: The Decline of Parties in the Minds of Citizens. In: Annual Review of Political Science 1, 357-378.

Dalton, Russell J., 1984: Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies. In: Journal of Politics 46, 264-284.

Dalton, Russell J., 2000: The Decline of Party Identifications. In: *Russell Dalton* und *Martin P. Wattenberg* (Hg.): Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies. Oxford: Oxford University Press, 19-36.

Dalton, Russell J. und *Robert Rohrschneider,* 1990: Wählerwandel und die Abschwächung der Parteineigungen von 1972 bis 1987. In: *Max Kaase* und *Hans-Dieter Klingemann* (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen: Westdeutscher Verlag, 297-324.

Gluchowski, Peter, 1983: Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik. In: *Max Kaase* und *Hans-Dieter Klingemann* (Hg.):

Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Opladen: Westdeutscher Verlag, 442-477.

Green, Donald, Bradley Palmquist und *Eric Schickler,* 2002: Partisan Hearts and Minds. Political Parties and the Social Identities of Voters. New Haven: Yale University Press.

Inglehart, Ronald, 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Lazarsfeld, Paul F., *Bernard Berelson* und *Hazel Gaudet*, 1968 [1944]: The People's Choice. How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign. New York: Columbia University Press (3. Auflage).

Mößner, Alexandra, 2007: Wie wahl- und wechselfreudig sind Parteianhänger? Parteiidentifikation, Nichtwahl und Wechselwahl. In: *Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel* und *Jürgen W. Falter* (Hg.): Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden: Nomos, 253-275.

Ohr, Dieter, 2005: Wahlen und Wählerverhalten im Wandel: Der individualisierte Wähler in der Mediendemokratie. In: *Manfred Güllner, Hermann Dülmer, Markus Klein, Dieter Ohr, Markus Quandt, Ulrich Rosar* und *Hans-Dieter Klingemann*: Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 15-30.

Ohr, Dieter, *Markus Quandt* und *Hermann Dülmer*, 2005: Zur Funktion und Bedeutung der Parteibindung für den modernen Wähler. In: *Jürgen W. Falter*, *Oscar W. Gabriel* und *Bernhard Weßels* (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 2002. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 434-458.

Richardson, Bradley M., 1991: European Party Loyalties Revisited. In: American Political Science Review 85: 751-775.

Schmitt, Hermann und *Sören Holmberg,* 1995: Political Parties in Decline? In: *Hans-Dieter Klingemann* und *Dieter Fuchs* (Hg.): Citizens and the State. Beliefs in Government, Volume One. Oxford: Oxford University Press, 95-133.

Schmitt-Beck, Rüdiger und *Peter R. Schrott*, 1994: Dealignment durch Massenmedien? Zur These der Abschwächung von Parteibindungen als Folge der Medienexpansion. In: *Hans-Dieter Klingemann* und *Max Kaase* (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag, 543-572.

Schulz, Winfried, *Reimar Zeh* und *Oliver Quiring*, 2000: Wählerverhalten in der Mediendemokratie. In: *Markus Klein*, *Wolfgang Jagodzinski*, *Ekkehard Mochmann* und *Dieter Ohr* (Hg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 413-443.

Shively, W. Phillips, 1979: The Development of Party Identification among Adults: Exploration of a Functional Model. In: American Political Science Review 73, 1039-1054.

Snijders, Tom A. B. und *Roel J. Bosker,* 1999: Multilevel Analysis. An Introduction to Basic and Advanced Multilevel Modeling. London: Sage.

Wattenberg, Martin P., 1998: The Decline of American Political Parties, 1952-1996. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Anhang

Die Wahlstudien für die längsschnittlichen Analysen sind wie folgt:
ZA-Nr. 0823: Wahlstudie 1976, zweite Panelwelle (August/September).
ZA-Nr. 2391: Kumulierte Politbarometer 1977-2003.
ZA-Nr. 4222: Politbarometer West 2004.
ZA-Nr. 4257: Politbarometer West 2005.

Tabelle A-1: **Determinanten der Stärke der Parteineigung, 1976-2005 (Mehrebenenregressionen)**

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
	b	t	b	t	b	t	b	t
Interzept	2.003	21.333[b]	2.187	21.054[b]	1.948	21.047[b]	2.177	21.376[b]
Zeit seit August 1976 (in Jahren)	-.030	-8.379[b]	-.039	-10.346[b]	-.030	-8.379[b]	-.043	-10.915[b]
Vorwahlzeitpunkte	.185	2.238[a]	.050	.045	.184	2.229[a]	.046	.431
Bildung	-.052	-5.880[b]	-.161	-5.360[b]	.035	1.703	-.068	-2.008[a]
Zeit seit August 1976 (in Jahren)			.006	4.345[b]			.006	4.736[b]
Politisches Interesse	.427	31.262[b]	.381	13.193[b]	.452	30.599[b]	.390	13.636[b]
Zeit seit August 1976 (in Jahren)			.002	2.236[a]			.003	3.557[b]
Vorwahlzeitpunkte			.057	2.248[a]			.059	2.363[a]
Bildung * Politisches Interesse					-.034	-4.913[b]	-.038	-5.561[b]
Zeitebene N R_2^2	60.19 %		64.74 %		59.85 %		65.07 %	
Befragtenebene N R_1^2	7.14 %		7.32 %		7.15 %		7.37 %	

Random Effekte Zeitebene	Varianz-komponente	χ^2	Varianz-komponente	χ^2	Varianz-komponente	χ^2	Varianz-komponente	χ^2
Interzept	.048	369.893[b]	.041	303.969[b]	.051	397.174[b]	.041	298.810[b]
Bildung	.002	143.972[b]			.002	147.067[b]		
Politisches Interesse	.003	167.228[b]	.003	166.993[b]	.003	172.815[b]	.003	164.327[b]
Bildung * Politisches Interesse								
Befragtenebene N	2.972		2.972		2.970		2.971	

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: a = $p \leq 0.05$; b = $p \leq 0.01$. t-Werte basieren auf robusten Standardfehlern; gewichtete Daten (es wurde so gewichtet, dass die Anzahl der Befragten pro Jahr gleich groß ist, wobei die Gesamtzahl der Befragten über die Jahre nicht verändert wurde). Die Berechnung der (Pseudo-)R^2-Werte erfolgte nach der vereinfachten Formel von Snijders und Bosker (1999). *Kodierung*: Stärke der Parteineigung: 0 (keine), 1 (sehr schwach), 2 (ziemlich schwach), 3 (mäßig), 4 (ziemlich stark), 5 (sehr stark); übrige *Variablen*: vgl. Tabelle 1.